

# Presseinformation



## Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503

Fax: 0431 / 988 - 1501

Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 146.13 / 11.04.2013**

## **Wir sind bereit, einen Teil der Verantwortung zu tragen und erwarten dies auch von allen anderen!**

Zur Debatte um die Zwischenlagerung des Atommülls sagt die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, **Eka von Kalben**:

“Minister Altmaiers Ansinnen, alle Castoren nach Schleswig-Holstein zu schicken, ist schlichtweg absurd. Wir Grünen werden alles dafür tun, damit er sich nicht durchsetzt.

Eins ist klar: Am liebsten hätten wir gar keinen Atommüll. Aber es gibt ihn - und wir stellen uns der Verantwortung. Wir sind bereit, Teil einer Lösung aller Bundesländer zu sein. Deshalb ist die Ansage von Energiewendeminister Robert Habeck, dass eine gemeinsame Lösung für die restlichen Castoren gefunden werden muss, verantwortungsvoll und mutig. Mutiger als das Verhalten der Parteien, die für den Müll die politische Verantwortung tragen.

Den Atommüll einfach weiter in eine Lagerhalle nach Gorleben abzuschieben, ist auf jeden Fall komplett verantwortungslos und verhindert die jetzt mögliche Suche nach einem Endlager.

Wir haben in der Koalition klare Vorgaben bezüglich der Sicherheit, der Finanzen und der Solidarität aller Länder verabredet. Nicht mehr und nicht weniger. Wir sind bereit, einen Teil der Verantwortung zu tragen und erwarten dies auch von allen anderen.”

Die Landesvorsitzende **Ruth Kastner** sagt:

“Wir Grüne haben jahrzehntelang gegen die Atomkraft gekämpft, mehr noch, die Anti-Atomkraft-Bewegung ist eine der Wurzeln unserer Partei. Dass es einen Atomausstieg gibt, ist ein Erfolg, den die Grünen gemeinsam mit den Anti-Atomkraft-Initiativen durchgefochten haben.

Jetzt gilt es, eine Lösung zu finden für den Müll, den wir nie wollten. Die schleswig-holsteinischen Grünen werden sich deshalb auf einem Sonder-Parteitag am 23. April 2013 in Neumünster einer breiten Debatte über das Endlagergesetz und die Zwischenlagerung der Castoren stellen.”

\*\*\*